

V0746/21

Aufnahme von 10 Familien afghanischer Ortskräfte in Ingolstadt
-Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen-

Ferienausschuss vom 19.08.2021

Der Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (V0746/21) und der Änderungsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE (V0748/21) werden gemeinsam behandelt.

Stadtrat Dr. Spaeth erklärt, dass sich der Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen aus der aktuellen Situation ergeben habe. Jetzt sei das eingetreten, wovor jeder vor dem Truppenabzug in Afghanistan gewarnt habe. Stadtrat Dr. Spaeth denkt, dass es ein Akt der Menschlichkeit und Solidarität sei, denen zu helfen, die in Afghanistan Deutschland geholfen hätten. Andere Städte hätten bereits vorgelegt und dem würde man sich gerne anschließen.

Stadtrat Grob stellt fest, dass es natürlich alle betreffe, wenn man die Bilder aus Afghanistan in letzter Zeit sehe. Im Grunde genommen werde die Verteilung der Flüchtlinge, die unzweifelhaft ein dauerhaftes Bleiberecht bekämen, über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge organisiert. Stadtrat Grob ist der Meinung, dass er die Aufnahme nicht auf zehn ausgewählte Familien beschränken würde. Es solle das politische Signal gesendet werden, wie z. B. auch Augsburg, Fürth und Nürnberg, dass das zuge dachte Kontingent an Ortskräften, die unsere Streitkräfte unterstützt hätten, gerne und zügig aufgenommen werde und dass alles vorbereitet werde, diese Menschen so schnell wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren.

Auch Stadtrat Werner führt aus, dass er sich nicht auf die zehn Familien beschränken wolle. Das Entscheidende sei das Signal, dass man in einer schwierigen Situation den betroffenen Menschen helfen wolle und dass alles, was in der Macht einer Kommune stehe, getan werde.

Stadtrat Lipp betont, dass die Kommunen nicht für solche Angelegenheiten zuständig seien. Die Aufnahme von Flüchtlingen sei Bundessache. Einig sei man sich aus dem rechtskonservativen Bereich, dass sich das Jahr 2015 mit einer unkontrollierten, massenhaften Einwanderung nicht wiederholen dürfe. Die AfD-Stadtratsfraktion fordere die Stadt auf, sich auf Länder- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass durch Gespräche mit den Nachbarländern Afghanistans eine heimatnahe Aufnahme ermöglicht werde. Des Weiteren sei es wichtig, dass bei der Aufnahme über ein Bundesprogramm zuerst definiert werde, was Ortskräfte überhaupt seien. Dies seien nach Ansicht von Stadtrat Lipp nur Personen, die nachweislich für die Bundeswehr gearbeitet hätten. Zudem müsse die Identität der Personen von deutschen Behörden zweifelsfrei nachgewiesen werden. Eine Situation wie im Jahr 2015, wo keine Pässe vorgelegen hätten, aber Handys mitgeführt worden seien, wolle seine Fraktion nicht mehr haben. Bei nachweislich für die Bundeswehr tätigen Ortskräften, die auch Bundeswehrsoldaten durch ihre Ortskenntnisse vor dem Tod bewahrt hätten, sei eine Unterstützung natürlich ein Zeichen der Humanität. Stadtrat Lipp bittet darum, über das Thema heute nicht abzustimmen. Er lehne die Vorlagen ab, weil keine ausreichende Entscheidungsgrundlage da sei.

Herr Fischer denkt, dass die Situation in Afghanistan alle betroffen mache und gerade für Menschen, die dort die Einsatzkräfte unterstützt hätten, hätten die westlichen Länder eine besondere Verantwortung. Er ist der Meinung, dass die Stadtgesellschaft die Aufnahme auch gut schultern könne. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt habe sich, nach vielen Jahren des Bevölkerungswachstums, durch einen Bevölkerungsrückgang und durch den Bau von 2.000 zusätzlichen Wohnungen in den letzten zwei Jahren deutlich entspannt. Zudem sei in den letzten Jahren die Zahl der Geflüchteten gesunken, so dass es im Sozialreferat noch leerstehende Wohnungen gebe, die bis vor kurzem von Geflüchteten genutzt worden seien. Nach Auskunft der Regierung von Oberbayern würden die Ortskräfte über ein Aufnahmeprogramm aufgenommen, so dass sie von Anfang an einen Aufenthaltstitel erhalten würden, so ähnlich wie es bei den Kontingentflüchtlingen aus Syrien der Fall gewesen sei. Dies bedeute, dass kein gesondertes Asylverfahren durchlaufen werden müsse, die Geflüchteten in keiner Ankereinrichtung untergebracht werden müssten und vom ersten Tag Anspruch auf SGB II-Leistungen hätten. Im Moment sei die Planung so, dass es nach der Ankunft für die Ortskräfte, die auf Bayern entfallen, eine Kurzaufnahme in München gebe. Dort werde ein Aufenthaltstitel erstellt und anschließend erfolge die Verteilung innerhalb Bayerns.

Bürgermeisterin Kleine betont, dass diese Auskünfte ganz wichtig gewesen seien, um die Integration von Beginn an zu gewährleisten.

Stadträtin Bulling-Schröter weist darauf hin, dass der Antrag richtig, wichtig und überfällig sei, zumal wenn man bedenke, dass vor zwei Wochen noch Rückführungen nach Afghanistan versucht worden seien und dies zum Teil auch gelungen sei. Die Diskussionen seien notwendig. Der Zusatzantrag der Stadtratsgruppe Die Linke sei gestellt worden, da man wolle, dass über eine mögliche Rückführung von abgeschobenen Afghanen auch auf Landes- und Bundesebene gestritten werde. Die Bundesregierung habe nicht erst seit gestern gewusst, was militärisch passiere und deshalb hätte man früher eingreifen müssen. An dem Gemeinschaftsantrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefalle Stadträtin Bulling-Schröter nicht, dass es speziell nur um Afghanistan gehe. Es gebe viele Länder, in denen Hilfe notwendig sei. Die Kommunen müssten die auf Landes- und Bundesebene gefassten Beschlüsse umsetzen und deshalb müsste sich dort auch einiges ändern, damit Kriege nicht weiter stattfinden könnten.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf ist sehr dafür, dass man als Stadt Ingolstadt Solidarität zeige und ein Zeichen der Humanität setze, vor allem in dem Kontext, dass in Afghanistan die Bundeswehr im Einsatz gewesen sei. Der Ergänzungsantrag der Linken gehe ihm allerdings zu weit, denn für eine mögliche Rückführung von Abgeschobenen zu streiten, sei wirklich nicht seine Aufgabe als Oberbürgermeister und eine entsprechende Beschlussfassung sei auch nicht Aufgabe des Stadtrates.

Stadträtin Mayr denkt, dass die momentane Situation eine humanitäre Katastrophe sei, so dass man nur schnell und unbürokratisch helfen könne. Sie sehe, dass die ersten Schritte gemacht seien. Eine Überprüfung der Ortskräfte, so glaubt sie, erfolge in München. Über viele Jahre hätten die Ortskräfte ihren Kopf hingehalten und dafür verdienten sie jetzt jede Unterstützung, die man nur geben könne. Sie distanzieren sich deutlich von allen Andersdenkenden, ob Kommune, Land oder Bund, dies sei nicht ihre Welt.

Stadtrat Höbusch betont, dass die Angabe von zehn Familien nicht auf den Königsteiner Schlüssel anzurechnen sei, sondern es sei außerhalb der sonstigen Quoten gedacht gewesen. An Stadtrat Grob gewandt, erklärt Stadtrat Höbusch, dass die Zahl der Familien gerne nach oben offengehalten werden könne, es solle aber dann auch schulterbar sein.

Stadtrat Werner weist darauf hin, dass die in letzter Zeit nach Afghanistan abgeschobenen Personen nur Straftäter gewesen seien. Dafür wolle er sich nicht stark machen. Zudem zeigt er auf, dass es sich bei dem Gemeinschaftsantrag ausdrücklich um Ortskräfte handle. Es

gebe eine Liste, in der die Ortskräfte erfasst seien und dies sei die Grundlage für das Herausholen aus Afghanistan, so dass nicht groß geprüft werden müsse. Da die Ortskräfte über besondere Qualifikationen verfügten, sei die Bitte von Stadtrat Werner, dass diese von Anfang an unterstützt werden sollten, so dass sie auch in Arbeit und Lohn kämen. Für den Arbeitsmarkt seien diese Personen, die zum allergrößten Teil auch ausgezeichnete deutsche Sprachkenntnisse hätten, ein Gewinn. Deshalb solle nicht über Bürokratie diskutiert werden, sondern ein wichtiges Signal zur schnellen Hilfe gesendet werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Stadtratsgruppe Die Linke (V0748/21):

Gegen 1 Stimme (Stadträtin Bulling-Schröter):

Entsprechend dem Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (V0746/21):

Gegen 1 Stimme (Stadtrat Lipp):

Entsprechend dem Antrag genehmigt, mit der Maßgabe, dass die Stadt Ingolstadt sich bereit erklärt, **Familien afghanischer Ortskräfte**, die für die Bundeswehr oder deutsche Hilfsorganisationen gearbeitet haben, kurzfristig in Ingolstadt aufzunehmen und dies umgehend dem Freistaat Bayern und dem Bund gegenüber mitteilt.